Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

Nr. 28 - April 1973

blick punkt

1. Mai

für wirksame Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten

für Klassenkampf — gegen Großkapital und konzertierte Aktion

für höhere Löhne und Gehälter — gegen Miet- und Preiswucher

für ein Berufsbildungs- und Jugendarbeitsschutzgesetz, die den wissenschaftlich-technischen Erfordernissen der Zeit entsprechen und dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen

Schluß mit dem Verfassungsbruch, Berufsverbot aufheben

Solidarität mit allen um Frieden und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern

Brauchen wir eigentlich noch den 1. Mai als „Kampftag" der Arbeiter und Angestellten ? Die etablierten Parteien, die bürgerlichen Zeitungen, alle wollen sie uns überzeugen, daß es doch gar keine Klassengegensätze mehr gibt: Sie reden von Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit.

Sie versuchen auf jede Weise zu vertuschen, daß es doch diesen Klassengegensatz heute wie eh und je gibt.

Das Kapital strebt nach wie vor danach, Höchstprofite aus uns herauszuholen; unsere Abhängigkeit ist die gleiche geblieben. Zwar haben wir erkämpft, daß wir nicht mehr 12 Stunden am Tag arbeiten müssen und einen besseren Lebensstandard haben, aber in derselben Zeit sind die Profite der Unternehmer ins Uferlose gestiegen.

Und unsere erkämpften Lohnerhöhungen können uns die Unternehmer wieder wegnehmen, weil wir gegen die Preiserhöhungen ziemlich wehrlos sind.

Wir Kommunisten und mit uns viele Kollegen sind der Meinung, daß es so nicht bleiben darf. Aber wie es ändern? Wir haben unsere Gewerkschaften; machen wir sie zu einem kampfstarken Instrument, wie sie es dem Grundsatzprogramm des DGB nach sein sollten. Gehen wir auf die Maiveranstaltung und zeigen wir, daß wir starke Gewerkschaften brauchen. Kämpfen wir gemeinsam.

Seit Jahren kämpft die Jugend in Mörfelden um einen Treffpunkt. Die Jugendbegegnungsstätte im Bürgerhaus genügt in keiner Weise den Anforderungen, die an ein Jugendzentrum gestellt werden müssen. In der Resolution der Jugend, in der ein Jugendzentrum gefordert wird, kommt dies deutlich zum Ausdruck.

Mittlerweile haben sich alle Parteien für ein Jugendzentrum ausgesprochen. Nur wollen manche wieder Übergangslösungen vom Schlage des Wasserturmes oder der alten Post.
Die große Mehrheit der Jugendlichen lehnt dies mit Recht ab. Es würde zu weit führen und auch manchen langweilen, wollte man hier all die Argumente, die für ein großes Jugendzentrum sprechen, noch einmal anführen. Eines aber muß noch einmal unterstrichen werden: Die Probleme, die die Eltern und die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft mit den Jugendlichen, die nicht wissen, was sie treiben sollen, haben, werden nicht geringer. Die Jugendkriminalität nimmt ständig weiter zu. Wenn man sich nicht bald dazu entschließt, endlich mit den Planungen für ein Jugendzentrum unter Mitbestimmung der Jugend zu beginnen, wird man in wenigen Jahren vor Problemen stehen, die bei weitem nicht so leicht zu lösen sind wie heute. Die Jugendlichen brauchen Räumlichkeiten, in denen sie ihr eigenes Leben lernen können zu gestalten.

Das ist, kurz gesagt, meine Meinung zu dem Problem. Mich interessiert, was die Leser des „blickpunkt" zum Thema Jugendzentrum zu sagen haben. Schreiben Sie mir Ihre Meinung, oder rufen Sie einfach mal an:

Erich Schaffner
Hochstraße 6
Telefon 23 07

"blickpunkt"-Redaktion
Mörfelden, Hochstraße 22 **Im April 1973**
Tel. 2362

An alle
Mörfelder Bürger,
die den "blickpunkt"
gerne lesen

Lieber "blickpunkt"-Leser

Als die DKP-Mörfelden im Jahr 1969 den ersten "blickpunkt" vorbereitete, wollte sie eigentlich nur ein kleines Informationsblatt machen. Mittlerweile aber mauserte sich der "blickpunkt" zu einer richtigen Stadtzeitung, die monatlich in jedes Haus kommt.
Im "blickpunkt" kann jeder das Wort ergreifen. Es schrieben Lehrer und Pfarrer, aber auch die Vertreter anderer Parteien kamen zu Wort. Das Wichtigste jedoch: Wir erhalten zu jeder Ausgabe Hinweise aus der Bevölkerung, die den "blickpunkt" für die Mörfelder interessant machen. Auf dem Rathaus wird der "blickpunkt" besonders gründlich gelesen. Das ist gut so! In Mörfelden ist es nicht so leicht, Kommunalpolitik über die Köpfe der Bürger hinweg zu machen. Ohne die finanzielle Hilfe unserer Leser, ohne die vielen kleinen Spenden, hätten wir diese Zeitung allerdings nicht die ganze Zeit herausbringen können. Dafür bedanken wir uns besonders herzlich. Die monatliche Herausgabe bereitet uns allerdings zunehmend finanzielle Schwierigkeiten.
Zwar machen wir fast alles selbst, aber die Unkosten steigen trotzdem unaufhörlich.
Lieber Leser, wenn sie den "blickpunkt" gern lesen, wenn sie schon einmal gedacht haben: „Gut, daß es dieses Blättchen gibt!", dann sollten sie uns jetzt helfen, damit es weiterhin erscheinen kann. Helfen sie uns mit einer Spende, jedes Mitglied der DKP-Mörfelden nimmt Spenden an. Sie können auch das "blickpunkt"-Konto bei der Kreissparkasse (900 3419) benutzen. Und bestellen sie den "blickpunkt" mit beiliegender Karte. Wir bedanken uns schon jetzt recht herzlich für ihre Hilfe.

Mit freundlichem Gruß
"blickpunkt"-Redaktion
i.A. Rudi Hechler

Die DKP-Mörfelden fordert im Stadtparlament, aber auch außerparlamentarisch die Errichtung eines Jugendzentrums.
Unser Bild: DKP-Informationsstand am "Dalles"

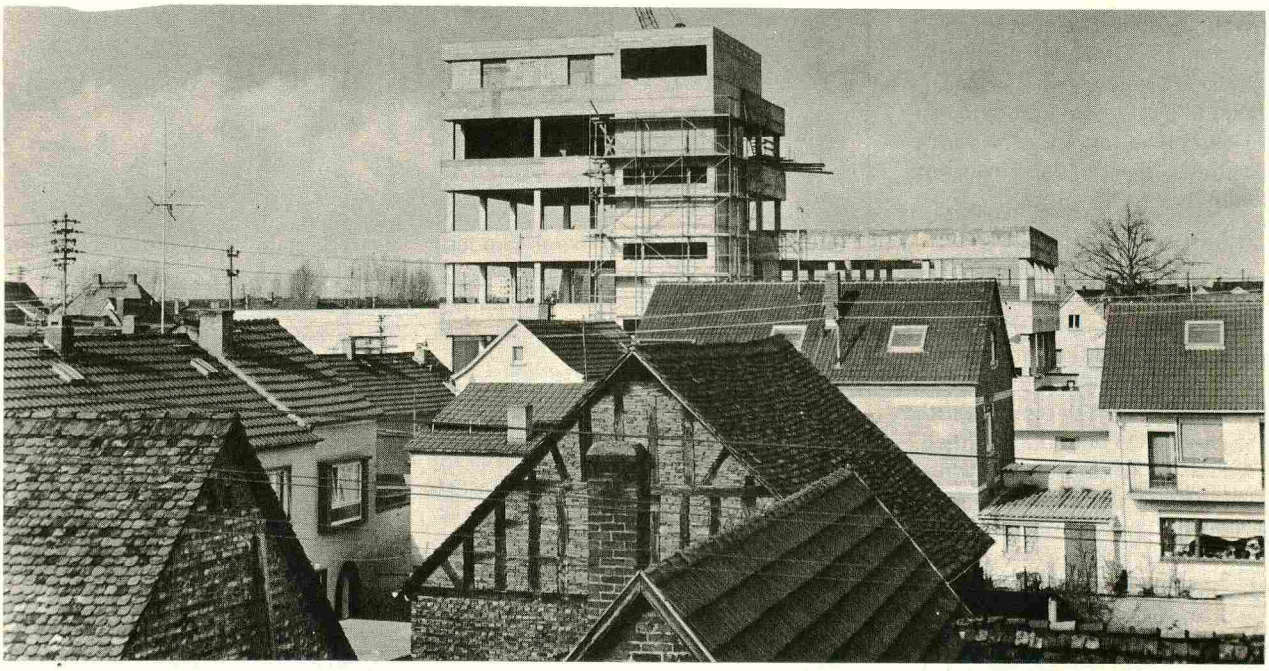
PREISE

Ende März war im „Freitags-Anzeiger" ein lustiger Artikel zu lesen. Darin setzte sich Erich Weber, der Pächter des Bürgerhaus-Restaurants heftig gegen einen „blickpunkt"—Leserbrief („Preishochburg") zur Wehr, in dem gegen die hohen Getränkepreise gemotzt wurde. Nun wollen wir uns hier nicht mit dem Wirt anlegen – der ist uns zu kräftig. Aber so ganz unwidersprochen kann man das „Freitags-Anzeiger-Artikelchen" ja doch nicht hinnehmen. Wir meinen, wie unser Leserbriefschreiber: 1,50 DM für ein 0,25-l-Fläschchen „Bizzelwasser" ist wirklich ziemlich hoch. Und wenn „Apollinaris" etwas anderes sein soll als das „übliche Mineralwasser", dann muß man uns erst einmal den grundlegenden Unterschied mittels einer Geschmacksprobe demonstrieren. Die von Weber angeführten Verlustzahlen scheinen uns „sagenhaft". Bei einer Veranstaltung würden also 500 Bierflaschen und 200 Gläser geklaut! Das würde heißen, daß fast jeder Besucher ein Flaschen-Sammler ist. Das ist doch wohl eine „Dreigroschen-Oper". So große Gauner sind die Mörfelder nun doch nicht!
Jetzt hoffen wir nur, daß es keinen zweiten Weber-Aufstand gibt.
Der „blickpunkt" steht im übrigen allen Bürgern, die zu den Bürgerhaus-Preisen etwas zu sagen haben, also auch Erich Weber, zur Verfügung.

SDAJ macht Dampf

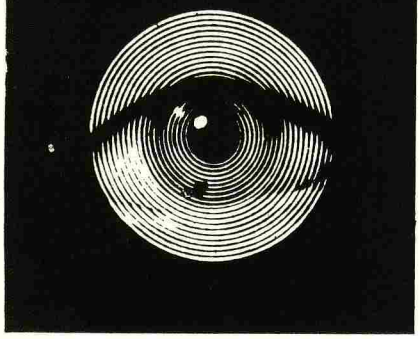
Kurz vor Beginn der Mörfelder Stadtverordnetenversammlung machte die Gruppe der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) dem Magistrat ein „gewichtiges" Geschenk: Durch eine Abordnung Jugendlicher wurden drei Kalksteine als „Startsteine" für den Bau des schon lange geforderten Jugendzentrums übergeben. Dazu verlassen die SDAJler eine Schenkungsurkunde mit folgendem Wortlaut:

„Wir, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Mörfelden, geben uns die Ehre, Ihnen, geschätzte Ratsherren, drei Steine zu überreichen, welche zum Behuf des Baues eines Jugendzentrums als symbolische Grundlage bestimmt sind. Mögen sie dazu beitragen, daß den berechtigten Forderungen der Mörfelder jungen Generation nach ebensolchem Gebäude Rechnung getragen werde."



Groß und mächtig schaut es schon aus unser neues Verwaltungsgebäude. Man sieht es von weitem, es überragt die Stadt. Und billig wird's auch gerade nicht. Man spricht von 3,3 Millionen Mark, sicher werden's mehr. Für das Drum-Herum, die Gestaltung des Rathaus-Platzes, in „ansprechender urbaner Art" sollen wir noch einmal 300.000 Mark berappen. Nur einen Namen hat es noch nicht. In der Kneipen-Diskussion sind: „Bachmann-Aquarium" (weil's voll verglast wird) und „Bachmann-Hilton". Weitere Namens-Vorschläge nimmt der „blickpunkt" entgegen.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Geld ist genug da !

Um unsere Haltung als Kommunisten zu dem komplizierten Problem „Haushalt" einmal auf einen kurzen Nenner zu bringen, sei folgender Vergleich gestattet:

Nehmen wir den Haushalt eines Opelers. Er kann angesichts der wachsenden Lebenshaltungskosten, der steigenden Preise und Mieten da und dort etwas abzwacken, also zum Beispiel für die Kleidung etwas weniger ausgeben oder am Friseur sparen. Er kann aber auch für höheren Lohn kämpfen.

Wenn er so mit seinem Haushalt verfahren würde, wie die bürgerlichen Parteien, also CDU, FDP und SPD mit dem kommunalen Haushalt verfahren, dann würde sich nie etwas an der Finanznot ändern.

Ein Arbeiter oder Angestellter kämpft mit seiner Gewerkschaft, mit seinen Kollegen im Betrieb gemeinsam für höheren Lohn, für Preisstopp und für Mitbestimmung. Auf die Kommunalpolitik übertragen heißt das: Wir Kommunisten sagen der Bevölkerung deutlich, wo das fehlende Geld zu holen ist, nämlich bei der Rüstung und bei dem Großkapital, und wir organisieren den Protest der kommunalen Parlamente und der arbeitenden Bevölkerung gegen dieses System der ungerechten Verteilung der vom Volk erarbeiteten Werte. Geld ist genug da, nur nicht in den richtigen Händen.

Erich Schaffner

AUS DER ERKLÄRUNG DER DKP-FRAKTION ZUM HAUSHALTSPLAN '73:

Der Bürgermeister ist nicht zu beneiden!

Unsere Bürgermeister, Stadtkämmerer und Verwaltungsangestellten, die sich mit der Aufstellung von Haushaltsplänen zu beschäftigen haben, sind weiß Gott nicht zu beneiden. Steigen doch die Einnahmen einer Stadt bei weitem nicht in dem Maße, wie die, durch die ständige Veränderung unserer Umwelt notwendig werdenden Investitionen. Wenn auch bei uns in Mörfelden dies alles noch nicht für jeden so deutlich sichtbar ist, so ist doch die Klage der Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden der BRD nicht mehr zu überhören.
„Rettet unsere Städte jetzt"
war die Losung des deutschen Städtetages und zugleich ein Aufschrei über die Finanznot der Kommunen.

In letzter Zeit wird soviel von „Privatem Reichtum" und von „Öffentlicher Armut" gesprochen. Sind das nicht leichtfertig dahin gesagte und der Verschleierung dienende Worte? „Öffentliche Armut" ist, wenn die Verschuldung der Städte und Gemeinden die Grenzen des Vertretbaren überschritten hat. Aber „Öffentliche Armut" ist es nicht, wenn in Bonn auch unter einer SPD-Regierung 28 Milliarden DM für die Rüstung ausgegeben werden.

„Privater Reichtum" ist es, wenn, wie es der DGB-Vorsitzende Vetter festgestellt hat, nur 1,7 % der Haushalte über 74 % des sogenannten privaten Produktionsvermögens, und „ganze" 0,8 % der Haushalte über 90 % des gesamten Privatbesitzes an Aktien verfügen. „Privater Reichtum" ist es, wenn Aktionäre von Opel in einem Jahr 356 Millionen an Dividenden über den großen Teich ziehen. Aber „Privater Reichtum" ist es nicht, wenn bei uns der Arbeiter, auch der Opelarbeiter, nur 8,5 % Lohnerhöhung bekommt, die durch Steigerung der Lebenshaltungskosten wieder aufgefressen werden. „Privater Reichtum" ist es auch nicht, wenn unsere älteren Bürger, wie dieser Tage in Frankfurt bekannt geworden, in einem Altersheim anstelle ihrer Rente nur noch 50.– DM Taschengeld monatlich bekommen.

Wir, die DKP, sind der Meinung, daß solche Parolen den Boden bereiten sollen für weitere Erhöhungen von Gebühren, Steuern und sonstigen Abgaben, die letzten Endes nur den kleinen Mann treffen. Wir sagen es noch einmal deutlich, jede Belastung der werktätigen Bevölkerung ist auch im kommunalen Bereich abzulehnen.

Was haben Herzinfarkte mit dem Haushaltsplan zu tun?

Im Jahre 1972 starben in der Bundesrepublik 1/2 Million Menschen an Herzinfarkt. Vor 25 Jahren waren es noch etwa 25.000 !

Fachleute erklären dies in erster Linie mit dem gewachsenen Streß. Das heißt, die Infarkte, die sich häufenden Neurosen, kommen einfach daher, weil in den Betrieben die psychische Belastung ungeheuer gestiegen ist, weil die Straßen verstopft sind, weil Lärm und Luftverschmutzung wahnsinnig zugenommen haben.

Aber was haben Herzinfarkte mit unserem Haushaltsplan zu tun?
Wir meinen, sehr viel.

Wir erwähnen diese erschreckenden Tatsachen, weil erkannt werden muß, daß neue Bedürfnisse entstanden sind. Es ist deshalb kein Luxus und es sind auch keine Hirngespinste, wenn wir heute bei der Haushaltsberatung und -Verabschiedung für die Mörfelder Bevölkerung nachstehende sehr weitgehende Einrichtungen fordern und aufzeigen, für welche Maßnahmen der Stadt das Geld fehlt.

1. Die Mörfelder Bevölkerung benötigt umgehend eine bessere ärztliche Versorgung.
   Seit vier Jahren und auch dieses Jahr stellen wir fest, daß im Etat für ein Ärztehaus keine Mittel vorhanden sind. Ein entsprechender Antrag liegt von der DKP- Fraktion vor.
2. Die Mörfelder Jugend benötigt dringend ein Jugendzentrum.
   Seit vier Jahren fordern wir den Bau ▶

▼ einer täglich geöffneten Einrichtung, um eine sinnvolle Jugendarbeit zu gewährleisten. Auch hierzu liegt ein Antrag der DKP-Fraktion vor.

3. Für die älteren Mörfelder Bürger wird der Bau eines weiteren Altenheimes mit angegliedertem Pflegeheim notwendig.
   Bei der Belegung des bestehenden Altenwohnheimes konnten nur 1/3 aller Bewerber berücksichtigt werden. Ein Sozialarbeiter für die Altenbetreuung sollte von der Stadt eingestellt werden. Den älteren Bürgern ist eine Sozial-Fibel zuzustellen.
   Ein entsprechender Antrag von uns liegt hierzu vor.

4. Bei dem Anwachsen unserer Stadt ist mindestens ein weiterer Kindergarten dringend notwendig. Ein Kindergarten sollte als Tagesstätte ausgebaut sein und außerdem sollte hierbei auch an die behinderten Kinder gedacht werden.

5. Für unsere Kinder fehlen noch weitere Spielplätze. Gerade im alten Stadtteil befindet sich zwischen Wasserturm und Hintergasse keine solche Einrichtung. Im Jahre '72 hatte man von 10 000.- DM nur 1000.-DM hierfür verbraucht und dieses Jahr sind wieder nur 2000 DM für die Erhaltung der bereits vorhandenen Plätze eingesetzt.

6. Sektor Kultur: Es ist bedauerlich, daß die Gesamtausgaben für den kulturellen Bereich im Ansatz gegenüber 1972 weiter zurückgegangen sind.
   20 000.- DM (wovon 10 000.- DM wieder eingenommen werden) für Gastspiele und Konzerte halten wir einfach für eine Stadt mit nahezu 15 000 Einwohner für zu niedrig.

7. Bereits seit vier Jahren wird für Mörfelden und Walldorf ein Hallenbad geplant. Die entsprechende Kommission hat schon zweimal eine Besichtigungsfahrt unternommen. Da die Mittel der beiden Städte nicht ausreichen, werden wir wohl noch weitere 3 Jahre bis zur Inbetriebnahme warten können.

8. Die Belästigung unserer Bürger in der Westend- und Langener Straße durch den Durchgangsverkehr, ins Unerträgliche. Auch hier fehlen die Mittel für den Bau der Umgehungsstraßen, wenn in diesem Fall auch nicht die Stadt Mörfelden hierfür aufzukommen hat.

9. Die Pflege und Erhaltung von Grünanlagen sind in den Städten zu teuer. Dies war auch der Grund in Mörfelden das Forstamtsgelände zum Teil zu verkaufen und alles zu bebauen.
   Zum Trost erhalten die Mörfelder rings um die evangelische Kirche nun eine Miniaturgrünanlage.

Was kostet uns das Industriegebiet ?

Die Gewerbesteuereinnahmen, die große Hoffnung nach Ausweisung des Industriegebiets, scheinen auch nicht so zu fließen, wie man angenommen hat. 1972 gingen 1,7 Millionen ein, und 1973 sind 1,8 Millionen eingesetzt, wovon noch ca 40% an Bund und Land abzuführen sind. In den nächsten Jahren ist sogar noch eine Erhöhung der Abgabe geplant. In diesem Zusammenhang wäre einmal eine Aufstellung der Kosten und der Folgelasten interessant, die das gesamte Industriegebiet der Stadt verursachen.

Warum wir „Nein" sagten

Wir meinen, man darf das Modewort "Bessere Qualität des Lebens" nicht nur in den Mund nehmen, sondern man muß sagen was notwendig ist und wie sie realisiert werden kann.

Wenn wir die Mehrheit in diesem Parlament hätten, müßten wir uns auch nach der „dünnen Finanzdecke" strekken — hier ein Loch aufreißen — da eins zustopfen.

Wir würden aber alles unternehmen, um die Bevölkerung über die herrschenden Zustände aufzuklären.
Wenn wir die Mehrheit hätten, dann gingen von hier aus geharnischte Proteste nach Bonn und Wiesbaden.
Wir haben bereits vor einem Jahr einen solchen Protestbrief hier vorgelegt. Wir meinen, dieses Schreiben hat inzwischen noch an Aktualität gewonnen und sollte von diesem Stadtparlament verabschiedet werden.
Auch in diesem Parlament muß klar gesagt werden, wie die Dinge liegen — muß gesagt werden, daß in diesem Staat die Reichen immer reicher werder, und daß dieser Staat die Stadt Mörfelden daran hindert, alles für das Wohl ihrer Bürger zu tun.

Wir, die DKP, müssen deshalb aus all den aufgezeigten Gründen, den vorliegenden Haushaltsplan ablehnen.
Unser Nein zum Etat bedeutet unser grundsätzliches Nichteinverständnis mit den herrschenden Zuständen.
Unser heutiges Nein soll Alarmzeichen und Denkanstoß für alle Bürger dieser Stadt sein.

Einsichten

Im März vergangenen Jahres forderten wir im Stadtparlament einen gemeinsamen Protest der Stadtverordneten gegen die Fi - nanznot der Kommunen und die zunehmende Verschuldung unserer Städte.

Die „CDU-Vertreter machten damals aus unserem Protestbrief-Entwurf kleine Papierschnitzel, die Sozialdemokraten ließen ihn in der Schublade liegen. – Damals hieß es: „das ist doch alles hohe Politik!"

Heute, ein Jahr später, gibt es bemerkenswerte Einsichten. Die FDP entdeckt, zwar ein wenig spät, die hohe Pro-Kopf-Verschuldung der Mörfelder. SPD-Parlamentarier fordern einen höheren Steueranteil der Kommunen und Bachmann merkt, daß „dieser Staat die Selbstverwaltungskraft der Gemeinden unterlaufen will."

Das ist alles nicht neu — seit es den „blickpunkt" gibt, schreiben wir darüber.

Und das ist auch notwendig. Heute schon müssen wir in Mörfelden 11 % des ordentlichen Haushaltes für Zinsen und Tilgungen verwenden.

Hoffen wir nur, daß die „Einsichten" dazu führen, daß man nun auch gemeinsam gegen die Finanznot unserer Stadt ankämpft.

Um 22 Uhr kam der Tod

Die DKP-Mörfelden führte im Bürgerhaus eine Solidaritätsveranstaltung durch. Als Referent trat auf: Sepp Mayer, Landesvorsitzender der DKP-Hessen, gerade aus Vietnam zurück.

Rudi Hechler begrüßte die Gäste und wies darauf hin, daß die Kommunisten Mörfeldens seit vielen Jahren aktiv in der Solidaritätsbewegung mit Vietnam stehen. Es seien Kommunisten gewesen, die in Mörfelden schon in der Ostermarschbewegung als organisierende und einigende Kraft auftraten. Seit Bestehen der DKP und der Herausgabe der Stadtzeitung „blickpunkt" sei dieser Kampf um ein vielfaches verstärkt worden.

Sepp Mayer, der mit einer DKP-Delegation die Demokratische Republik Vietnam bereiste, berichtete mit Lichtbildern von den ungeheuren Zerstörungen des Landes. Es gäbe kein Dorf, das nicht zerbombt sei, keine Brücke, die nicht zerstört wäre.

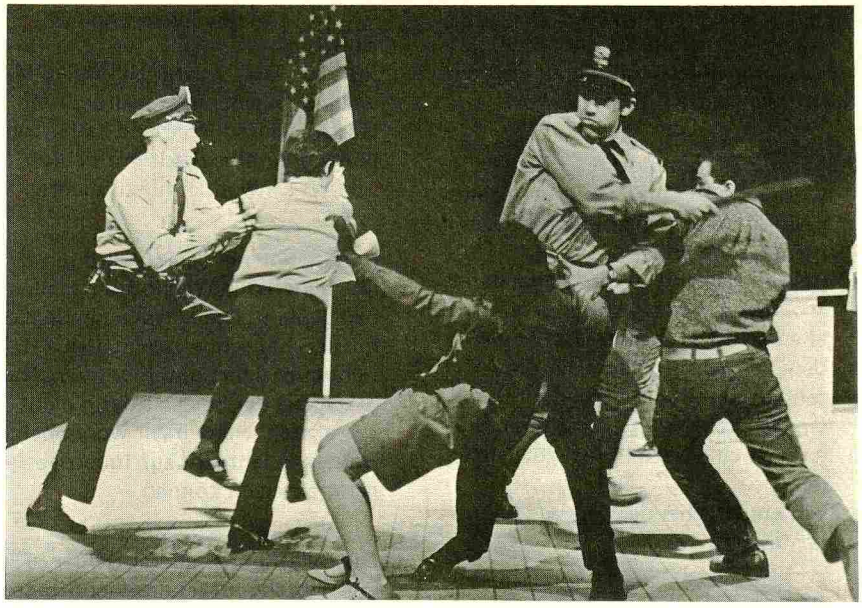
Er berichtete von dem schrecklichen Bombenangriff auf Hanoi am 22. Dezember 1972 („Um 22 Uhr kam der Tod"). B-52-Bomber machten in Minuten einen ganzen Arbeiterwohnbezirk dem Erdboden gleich. Eine drei Kilometer lange und achthundert Meter breite Schneise sei mitten durch den Stadtbezirk gebombt worden. 3.500 Menschen wurden dabei getötet.

Sepp Mayer berichtete auch von den herzlichen Gesprächen mit Bergleuten und davon, daß Arbeiter in vietnamesischen Zeitungen gelesen haben, daß in Mörfelden, „einer kleinen Stadt in Hessen", im Januar eine große Solidaritätsveranstaltung stattfand.
In Vietnam würde jetzt nahezu alles benötigt. Tausende lebten notdürftig unter Bastmatten und in Höhlen. Noch vor dem Monsun-Regen im Juni müsse umfassend geholfen werden.

Mayer protestierte dagegen, daß in der BRD Hilfsgüter seit Wochen auf Flughäfen lagerten und die Bundesregierung immer noch nicht bereit sei, die sonst üblichen Transporte zu übernehmen.

Nach einer umfassenden Diskussion spendeten die Anwesenden DM 85.–, die auf das Konto der Vietnam-Initiative Mörfelden überwiesen wurden.

Das Konto der Vietnam-Initiative: Kreissparkasse Groß-Gerau Nr. 90 66 200.



Am 3. Mai 1973 gastiert im Bürgerhaus das "Theater der Freundschaft" aus Berlin (DDR), mit dem Gegenwartsstück "Schneeball" (unser Bild). Das Stück behandelt Rassenprobleme in den Vereinigten Staaten. Das "Theater der Freundschaft" hatte mit dieser Aufführung während vieler Auslandstourneen großen Erfolg. Karten gibt es bei allen Mitgliedern der DKP und an der Abendkasse.

Leserbrief

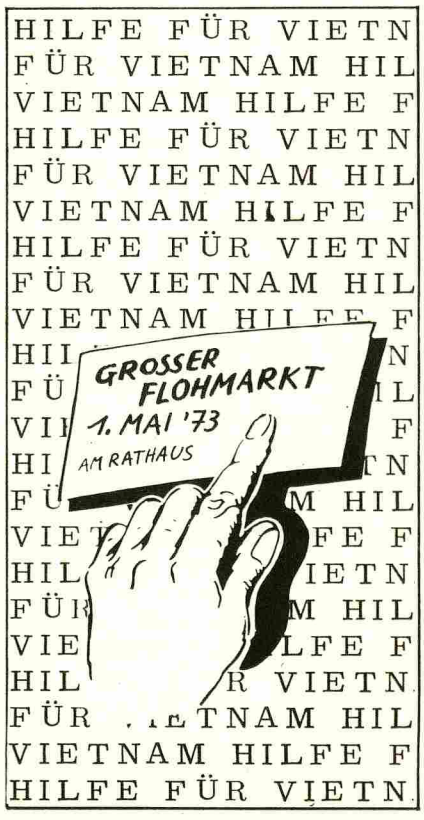
Liebe Blickpunkt-Freunde!

Im Moment wird die Langgasse neu gestaltet. (Anhebung der Straße und neue Bürgersteige) Als Anlieger der Langgasse möchte ich ein paar Gedanken zu diesen Baumaßnahmen äußern. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurden in der Langgasse Parkplätze und damit die Bürgersteige neu aspaltiert. Anliegern wurde damals nicht gestattet, auf eigenen Wunsch ihren Bürgersteig vor ihrem Haus mit Platten zu versehen. Die heute noch guterhaltenen Randsteine werden jetzt herausgerissen und der Asphalt durch Platten ersetzt. Das geschieht alles noch vor dem Abbruch der Kirchenmauer, die wie auf einer Stadtverordnetensitzung gewünscht wurde, verschwinden soll. Bei diesen Bauarbeiten wird der neue Bürgersteig gleich wieder ausbesserungsbedürftig sein.

Die entfernte Kirchenmauer soll, und das merken viele, nur ein Trostpflaster für das Forsthausgelände sein, wo unnötig Bäume fallen mußten; Bäume, die notwendig sind für alle Bürger unserer Stadt. Mehr als ein Trostpflaster ist es aber auch nicht und tröstet wohl keinen Mörfelder über den Verlust dieses schönen Fleckes, des ehemaligen Forsthausgelände hinweg.

Mit dieser Meinung stehe ich nicht allein. Viele meiner Nachbarn teilen meine Meinung und sind sehr verärgert.

(Ein Anlieger der Langgasse, der nicht genannt sein möchte.)



DIE ÄRZTLICHE VERSORGUNG DER MÖRFELDER BÜRGER MUSS BESSER WERDEN!

Der Plan für ein Ärztehaus muß auf die Tagesordnung! Das wollen heute viele Mörfelder Bürger. Seit vier Jahren fordern wir ein Ärztehaus. Seit einem Jahr liegt dazu ein detaillierter DKP-Plan auf dem Tisch des Hauses.
Aber wir stoßen damit auf wenig Gegenliebe im Rathaus. Unsere Ärztehaus-Studie verschimmelt in der Schublade des Magistrats. Es ist kein Geld da, heißt es. Aber 3 1/2 Millionen werden ins „Bachmann-Hilton" verbetoniert, während im Haushalts-Plan '73 wieder kein Pfennig für ein Ärztehaus ausgewiesen ist.

Um es zum wiederholten Male klar zu sagen:
Wir wollen, daß die ärztliche Versorgung verbessert wird.
Wir wollen Fachärzte für Mörfelden.
Wir wollen, daß Diagnose und außerklinische Versorgung auf den neuesten Stand kommen.
Wir wollen damit nicht zuletzt auch die Arbeitsbedingungen unserer Ärzte erleichtern.

Wir wissen natürlich, daß der jetzige Zustand so manchem Mörfelder Arzt durchaus zusagt. Die Patienten aber sind anderer Meinung. Daß wir mit unseren Forderungen nicht allein stehen, belegen wir heute erneut durch den Abdruck nebenstehenden Artikels, den wir der DGB-Zeitschrift „Die Quelle", März 1973, entnommen haben.

Eine interessante Befragung

Ärztliche Einzelpraxis nicht mehr zeitgerecht

„Diese paar Patienten soll ich noch mit mehreren Kollegen teilen?"

Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung außerhalb der Krankenhäuser „ist gekennzeichnet durch überfüllte Praxen, insbesondere bei praktischen Ärzten. Der Andrang wird voraussichtlich noch stärker, wenn weitere Maßnahmen der Früherkennung eingeführt werden. In der ländlichen Versorgung (mit Ärzten) bestehen Engpässe. Ein Mangel an praktischen Ärzten ist für die Zukunft vorauszusehen. Die Diagnose und Therapie in der außerklinischen Versorgung entsprechen nicht dem neuesten Stand von Wissenschaft und Forschung. Funktionen wie gesundheitliche Beratung und Aufklärung werden kaum wahrgenommen. Neue Organisationsformen setzen sich nur langsam durch und werden noch teilweise von den Interessenverbänden der niedergelassenen Ärzte bekämpft".

Diese Situationsschilderung ist dem Schlußbericht über eine vom Bundesgesundheitsministerium geförderte Untersuchung der „Arbeitsgruppe Gesundheitswesen", Heidelberg entnommen. Unter dem Titel „Probleme, Analysen und Reformschwerpunkte für das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland" will das Bundesgesundheitsministerium diesen Bericht zur Diskussion stellen. Von der Arbeitsgruppe wurden Experten in zwei Befragungsrunden befragt. Zu den Befragten, die umfangreiche Fragebogen auszufüllen hatten, gehören Ärzte, Fachleute aus der medizinischen Forschung und Lehre, Angehörige des öffentlichen Gesundheitswesens und der Pflegeberufe, Vertreter der Krankenversicherung, der pharmazeutischen Industrie und von Berufsverbänden sowie Medizinjournalisten.

Einzelpraxis nicht mehr leistungsfähig genug

Natürlich können hier nicht die vielfältigen Probleme auch nur dargestellt werden, die in dem Bericht behandelt werden. Statt dessen soll näher auf die Ausführungen über die ärztliche Versorgung der Bevölkerung durch die Privatpraxen eingegangen werden. Die Mängel wurden bereits in dem einleitenden Absatz dargestellt. Weiter heißt es hierzu in dem Bericht:

„Die Einzelpraxis kann auf dem Gebiet der Diagnose nicht mehr mithalten, da das inzwischen verfügbare diagnostische Instrumentarium einen derart hohen Aufwand erfordert, der über die finanzielle Leistungskraft der Einzelpraxis hinausgeht. Man muß also feststellen, daß die durchschnittliche Privatpraxis weit hinter dem neuesten Stand der Diagnostik herhinkt."

Bessere ärztliche Versorgung durch Zusammenarbeit

Im Rahmen einer immer umfassender und differenzierter werdenden Diagnose, so wird weiter festgestellt, sei der Trend zu beobachten, daß sich die Diagnosetätigkeit stärker auf Kliniken und teilweise auf spezielle Diagnosezentren verlagere. Dieser Entwicklung sollte durch die Einführung neuer Organisationsformen in der außerklinischen Versorgung (Gruppenpraxen usw.) entgegengewirkt werden. Ein relativ großer Prozentsatz der Befragten rechne damit, daß die ambulante Behandlung an Kliniken zunehmen werde und dafür den Kliniken Polikliniken und Ambulatorien angegliedert würden; besonders im Hinblick auf die Versorgung ländlicher Regionen sei eine solche Entwicklung wünschenswert.

Die Befragten waren fast einmütig (85 vH) der Meinung, daß die Wirksamkeit der ärztlichen Versorgung außerhalb der Kliniken zu verbessern wäre, wenn eine stärkere Zusammenarbeit der Privatärzte erreicht werden könnte, 68 vH sahen in der Gruppen- (oder Gemeinschafts-)Praxis, 22 vH in einer Apparategemeinschaft (mehrerer Ärzte), 7 vH im Ärztehaus (mehrere unabhängige Einzelpraxen in einem Gebäude) und 3 vH in der bisher üblichen Einzelpraxis die wirksamste Organisationsform. Immerhin wollen jedoch 32 vH der Befragten „auf die wirtschaftliche und organisatorische Selbständigkeit des einzelnen Arztes nicht verzichten".

Gemeinschaftspraxen werden dem einzelnen Arzt wahrscheinlich im Vergleich zu Einzelpraxis mehr Zeit geben, die er nutzen kann sowohl für die individuelle Gesundheitsberatung seiner Patienten als auch für seine berufliche Fortbildung. Beides kommt bei dem heutigen System der Einzelpraxis viel zu kurz.

Was ist eigentlich Stamokap?

Die Massenmedien der Bundesrepublik haben sich einen Brocken vorgenommen, an dem sie schwer zu verdauen haben: Stamokap. Entweder aus Dummheit oder um zu verschleiern vollführen sie bei der Erklärung dieses Begriffes wahre Eiertänze.

Tatsächlich ist „Stamokap" die nichtoffizielle Abkürzung für „staatsmonopolistischer Kapitalismus". So wird in der Terminologie des wissenschaftlichen Sozialismus der gegenwärtige Entwicklungsstand des Kapitalismus in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern bezeichnet. Er ist gekennzeichnet durch die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem Gesamtmechanismus zur Beherrschung der gesamten Gesellschaft durch das Monopolkapital.

In der kapitalistischen Welt verschärfen sich die Widersprüche und Krisenerscheinungen immer mehr; als Folge davon spitzen sich die Klassengegensätze und Klassenkämpfe zu. Unter diesen Bedingungen wird das direkte Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsablauf zu einer objektiven Notwendigkeit für die weitere Existenz des gesamten kapitalistischen Systems und für die Aufrechterhaltung hoher Profite für die großen Monopolgruppen – obwohl auch diese staatlichen „Regulierungsmaßnahmen" nicht in der Lage sind, die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise und Gesellschaftsordnung zu überwinden oder auf Dauer einzudämmen.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus bedeutet also nicht einfach Unterordnung des Staates unter die Herrschaft der Monopole, sondern die Verschmelzung beider zu einem politischen und ökonomischen Herrschaftsinstrument, das den Interessen der kleinen Clique von mächtigen Konzern- und Bankherren dient. Der Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus umfaßt sowohl die ökonomische Stärke des gegenwärtigen Kapitalismus als auch seine innere Schwäche, seine Labilität und die von ihm ausgehenden Gefahren für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Schlußfolgerung, die sich daraus ergibt, ist die Erkenntnis, daß der Macht der Monopole und des ihnen dienenden Staates das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse und das Bündnis aller Klassen und Schichten des Volkes, die vom Monopolkapital ausgebeutet und in ihren Interessen verletzt werden, entgegengestellt werden muß. Ziel des Kampfes muß es sein, nicht nur diese oder jene Verbesserung bzw. Reform im Rahmen des bestehenden Systems durchzusetzen, sondern darüber hinaus eine grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Überwindung der Macht des Monopolkapitals, eine antimonopolistische Demokratie und schließlich eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik zu erkämpfen. Dazu ist die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und schließlich die Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten des Volkes die entscheidende Voraussetzung.

Literatur zum Thema „Staatsmonopolistischer Kapitalismus":

- *„Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP"*
- *Sonderdruck der „Marxistischen Blätter", Heft 2/73, Heinz Schäfer: „Was ist Stamokap? ", Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt 50, Heddernheimer Landstraße 78a*
- *„Der Imperialismus der BRD", Verlag Marxistische Blätter*
- *Marxistische Taschenbücher Nr. 49: „Der Staatsmonopolistische Kapitalismus". Einführungen in marxistische Analysen aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion. Verlag Marxistische Blätter. DM 6.50*

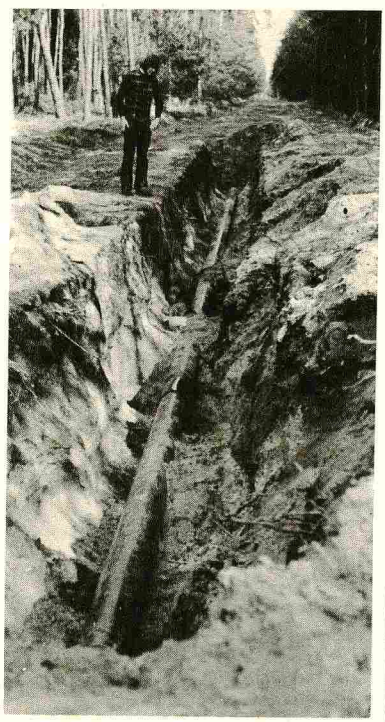
Geheime Verschlußsache

Geheimnisvoll werden quer durch unseren Wald Rohre verlegt. Ist es nur eine Wasserleitung oder ist es die Nato-Pipeline, über deren Verlauf der Bürgermeister keine Auskunft geben kann, weil es eine „geheime Verschlußsache" sei ?

Wie es auch ist – das Stadtparlament, die Bürger dieser Stadt haben ein Recht darauf, zu wissen was vorgeht. Der Magistrat hat offenbar ohne zu zögern dem Wollen der Amerikaner zugestimmt. (Da ist Woythal doch ein mutigerer Kommunalvertreter!)

Und jetzt haben wir offenbar, neben dem gefährlichen US-Munitions-Depot im Oberwald, eine weitere militärische Anlage in unserem Gebiet.

Beiläufige Frage am Schluß:
Wenn morgen die US-Army hinterm Schwimmbad Raketen aufstellen will, was macht dann der Magistrat ?



Hier finden Sie die DKP

Selbstverständlich können Sie uns jederzeit anrufen, wenn Sie ein Problem haben

3335
Heinz Hechler

3166
Rudolf Dötsch

2362
Rudi Hechler

3322
Sofie Haag

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22. Druck: Eigendruck